

Warum ich das schreibe:

1. weil Kenntnisse über **die wahren geschichtlichen Zusammenhänge** eine unverzichtbare Voraussetzung dafür sind, dass sich Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen.
weil Menschen Wahrheit und Lügen und deren Hintergründe erkennen müssen.

2. weil die Absicht besteht, in einem neuen Fach die Schulkinder über den „Unrechtsstaat DDR“ aufzuklären, ohne dass mir bisher eine wahrheitsgemäße Darstellung im komplexen Zusammenhang der Auseinandersetzungen zwischen den Frontstaaten der Großmächte, West- und Ostdeutschland bekannt sind. Z. B. im TV-Film „Die Frau vom Checkpoint-Charlie“ waren nach Angaben der Macher 80%, der künstlerischen Freiheit des Regisseurs geschuldet, der Film „Das Leben der Anderen“ beruht völlig auf künstlerischer Freiheit. Die Angaben zum Erfurter „Stasi-Knast“ mit ca. 5000 Insassen schließt zahlenmäßig alle Diebe, Mörder und NS-Kriegsverbrecher ein, die dort nach 1945 einsaßen. Sind die alle jetzt Opfer der „SED-Diktatur“?

Angesichts der Volksverhetzungen in der deutschen Vergangenheit besteht die Verpflichtung, **die volle Wahrheit** zu vermitteln.

Eine Aussage mit 20% Wahrheitsgehalt ist eine Lüge.

3. weil unter Federführung der Landtagspräsidentin Thüringens, Frau Prof. Schipanski ein Antrag an den CDU-Parteitag „Geteilt. Vereint. Gemeinsam. Perspektiven für den Osten Deutschlands“ entstand, indem die historischen Fakten auf den Kopf gestellt werden und der DDR das unterstellt wird, was z. B. die CDU vollbracht hat, nämlich die DDR-Bürger ihres Eigentums zu berauben. Die Lage im Osten wird als großer Erfolg dargestellt. Zur Perspektive des Ostens gibt es keine Aussage.

4. weil die Probleme des Ostens, Niedriglohngebiet, Altersarmutsregion, zunehmende Überalterung, fehlende Arbeitskräfte, Wertschöpfung für Aktionärsgegewinne, anhaltender Privatisierung ehem. Volkseigentums, anhaltender Enteignung im Sachen- und Rentenrecht dauerhafter Perspektivlosigkeit keiner Lösung zugeführt werden. Der Osten bleibt nach 25 Jahren Bundesrepublik dauerhaft abgehängt und alle sind zufrieden? Wem gehört der Osten? Erfolge, für wen?

Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden!

Der Umgang mit Andersdenkenden in der Bundesrepublik ist geprägt von den Eliten Nazi-Deutschlands, die zu tausenden in die führenden Positionen der BRD übernommen wurden. ¹⁾ Um zu verstehen, wie Medien und Justiz Fakten ignorieren können, empfehle ich das Buch des westdeutschen Rechtsanwalts Heinrich Hannover, „Die Republik vor Gericht 1954 – 1995“ ISBN 3-7466-7053-5. Ein Politkrimi, spannend, präzise und aufschlussreich.

Für unsere Thematik hat das Buch des westdeutschen Journalisten Conrad Taler „Zweierlei Maß oder: Juristen sind zu allem fähig“ ISBN 3-89438-244-9 die richtigen Antworten.

Seine Vorbemerkung, warum er dieses Buch geschrieben hat:

„Ich habe es geschrieben aus Respekt vor all jenen, die Widerstand gegen Hitler geleistet haben und später miterleben mußten, wie seine Diener und Förderer wieder zu Ansehen und Einfluß gelangten.

Ich habe es geschrieben in Verbundenheit mit den Überlebenden und den Hinterbliebenen der Opfer des Justizterrors der Nationalsozialisten, denen es nicht erspart blieb, den Freispruch für Hitlers Blutjustiz hinnehmen zu müssen.

Ich habe es geschrieben aus Empörung darüber, daß dieselbe Justiz, die Hitlers Richter ungeschoren lies, die Richter der DDR verurteilt und damit die Opfer des Naziterrors zum zweiten Mal verhöhnt.“

¹⁾ Braunbuch/ Dr. Norbert Podewin ISBN 3-360-01033-7

Was sollte bei der Beurteilung der beiden deutschen Staaten beachtet werden:

Teil 1 Die Nachkriegszeit bis zur „Wendezeit“

Der Aufbau Nachkriegsdeutschlands entwickelte sich nach den verheerenden Folgen des verbrecherischen Krieges Hitlerdeutschlands **unter dem Einfluss der Siegermächte** entsprechend den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Im Osten unter der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) zunächst durch Befehle. Die von den Alliierten beschlossene Enteignung der Großgrundbesitzer und Konzerne wurde nur im Osten umgesetzt.

Die sowjetische Besatzungsmacht brachte uns keine Schokolade – nicht, weil sie schlechtere Menschen waren als die Amerikaner, sondern weil ihr Land von der Deutschen Wehrmacht verwüstet und seine Bewohner millionenfach ermordet worden waren. Sie hatten Hunger, wie die Deutschen.

Westdeutschlands Wirtschaftskraft wurde mit der Marshallplan-Hilfe gestärkt, um den Osten 'überrollen' zu können.

Die Ostdeutschen bekamen in den Folgejahren von der Sowjetunion statt einer „Marshallplan“- Hilfe die Reparationslasten in Höhe von 727,1 Mrd. DM (Wertstellung 1989) für ganz Deutschland aufgebürdet, während Westdeutschland von ihren Besatzungsmächten von Reparationsleistungen befreit wurde:

Von 1946 bis 1953 wurden ca. 1000 Betriebe komplett demontiert, andere mussten Maschinen abgeben, Bahngleise, Waggonen, Lokomotiven, Schiffe gingen in die Sowjetunion.

Die Entnahmen aus der laufenden Produktion für die UdSSR betragen von 1946 bis 1953 22% der Gesamtproduktion.

Das Verhältnis der Belastung zur Tilgung der deutschen Kriegsschuld Ost/West betrug 98 / 2 !
Bis 1948 entstand so ein Substanzverlust von 30%. Es verblieb Industrievermögen von 74 bis 84% gegenüber 1936, während es im Westen bereits auf 111% angestiegen war. ²⁾

Die verbliebenen größeren Betriebe wurden sowjetische Aktiengesellschaften (SAG).

Die SU hat ca. 3500 Spezialisten für meist 5 Jahre „dienstverpflichtet“. Die Amerikaner haben Carl Zeiss und Schott & Genossen eine Liste der Manager, Ingenieure und Konstrukteure übergeben, die Jena mit ihren abziehenden Truppen zu verlassen hätten. In Oberkochen und in Mainz entstanden so die neuen Unternehmen.

Der verlorene Zugang zu Rohstoffen und die fehlende Grundstoffindustrie war im Osten Nachkriegsdeutschlands von Anfang an ein Nachteil gegenüber dem Westen Deutschlands.

Eine Grundstoffindustrie musste aufgebaut werden: Stahlwerke (Maxhütte, Eisenhüttenstadt, Riesa, Brandenburg) Uranbergbau und das Erdölkombinat Schwedt. Dazu die Städte für die Beschäftigten und ihre Familien mit Schulen, Krankenversorgung, Kulturhäusern, usw.

Die Produktion musste weitgehend auf die sowjetischen Bedürfnisse ausgerichtet werden. Seitens des Westens wurde der Aufbau im Osten Deutschlands bei offener Grenze und in Anwesenheit der Geheimdienste nach besten Kräften und mit allen Mitteln erschwert und sabotiert:

Verträge wurden nicht eingehalten. Z. B. für die Lieferung von Karosserieblech für Autos, um möglichst große Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu erzeugen. Ein Grund für die Entwicklung der Plastekarosserie („Störfreimachung“).

²⁾ Die Schulden des Westens/ Klaus Blessing, Eckart Damm, Matthias Werner ISBN 3-00-016679-3 Seite 61 ff.

Die Abwerbung von Fachkräften wurde mit allen Mitteln betrieben. Infolge der offenen Grenze geschah alles unter Kontrolle der Geheimdienste mit hoher Effektivität.

Die Ostdeutschen mussten hart arbeiten- für wenig Geld, für ein Stück Brot und für Leistungszusagen im Alter. Daher war die Fluchtbewegung in den „goldenen Westen“ groß aber die Leute wurden hier dringend gebraucht.

Der hohe Bedarf an qualifiziertem Personal nahm in dieser Zeit noch zu. In einem gut organisierten Bildungssystem wurde nach einheitlichen Standards die Ausbildung der benötigten Fachkräfte staatlich gefördert.

Bis zum Mauerbau verließen ab 1947 2,1 Mio. Bürger und mit ihnen über 350 000 Betriebe den Osten, z. B. die Dresdner Bank, Audi-Union bzw. Audi, BMW, Wella, Knorr-Bremse, Giseke & Devrient, der DFB, Deutsche Bücherei, F.A. Brockhaus, Insel- und Reklam-Verlag, polygraphische Industrie, Teile des Maschinenbaus usw.³)

Infolge der gezielten Abwerbung waren das zu 50% junge Fachkräfte, Akademiker, Ingenieure, Ärzte, Wissenschaftler aber auch viele Großbauern. Der Verlust für den Osten betrug 20% des Arbeitsvermögens und der Westen hatte einen Zu- gewinn von 6% Arbeitsvermögen. Die Produktionssteigerung bis 1975 im Westen betrug 18%.

Abwanderung von arbeitsfähigen Menschen ist auch immer ein Verlust an Wissen, Erfahrungen und Leistungspotential.

Was dem Osten verloren geht, fließt dem Westen zu. Westdeutschland wäre ohne diesen gewaltigen Transfer nicht zu dem großen Aufschwung gekommen!

Ulbricht forderte wegen der Verluste aus der Fluchtbewegung 1962 eine Entschädigung von 100 Mrd. DM (– entspricht heute 164 Mrd. Euro).

Zusätzlich wirkte der innerdeutsche Handel als politische und ökonomische Waffe gegen Ostdeutschland, die dazu führte, dass zeitweise die Produktion in manchen Betrieben stillgelegt werden musste. Erhöhte Aufwendungen waren nötig, um die Wirtschaft „Störungsfrei“ zu machen.

Dazu kam das Wirtschaftsembargo, d.h. Ostdeutschland konnte benötigte Produkte nicht mehr in kapitalistischen Staaten kaufen, was wiederum zu hohen Aufwendungen zwang.

Die Versorgung der Bevölkerung der DDR wurde durch ein komplexes System gesichert. Die DDR hatte ein international vorbildliches Sozialsystem, das den Frauen hervorragende Möglichkeiten zur Teilhabe am Arbeitsleben (Grippen, Kinderbetreuung), für alle kostenlosen Zugang zu Bildung und Gesundheitswesen bot. Der Zugang zu Kultur war jedermann möglich. Das Recht auf Arbeit war ein Verfassungsrecht.

Neben den sozialen und kulturellen Leistungen der Betriebe (Kultur- und Sozialfond) z. B. für Urlaubsplätze, Kinderferienbetreuung, Pausenversorgung, Kulturveranstaltungen usw. gab es Subventionen für die Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, Lebensmittel, Wohnen, Wasser- und Energieversorgung.

Das alles war die real existierende „2. Lohntüte“, an der jeder Bürger teilhatte.

Nur vor dem Hintergrund der konstanten Preise für die Grundbedürfnisse des Lebens sind alle Einkommen der Beitrittsbürger wie Stipendien, Löhne, Gehälter und Renten vor 1990 zu bewerten. Nur in diesem Zusammenhang ist verständlich, dass niedrige Einkommen und die ohne Bedarfsprüfung gewährte Mindestrente ein zwar bescheidenes aber von Existenzangst freies Leben ermöglichte.

³)Der verschwundene Reichtum/Uwe Müller in Berliner Morgenpost 7. März 2005 Politik

Der Umfang der staatlichen Subventionen erreichte die Höhe von 22% des Staatshaushaltes der DDR. Das entsprach einem Realwert der Bruttolöhne multipliziert mit dem Faktor 1,75. ⁴⁾

Anders sah es mit den Preisen für Güter aus, die als Luxus eingestuft waren, wie z. B. PKW, Motorräder, Farbfernseher, HiFi- Geräte, hochwertige Haushaltgeräte usw., die unverhältnismäßig hoch waren und die man sich z. B. allein mit der Mindestrente nicht leisten konnte. Dennoch war nicht existenzielle Not die Ursache, wenn Menschen über das gesetzliche Rentenalter hinaus berufstätig waren. Da in der Regel Arbeitskräftebedarf bestand, waren die Einkommen nach Erreichen des Rentenalters von Steuern und SV- Beiträgen freigestellt – also Brutto gleich Netto und damit natürlich sehr attraktiv. Dieses Einkommen wurde ungekürzt zusätzlich zur Rente gewährt.

Der Begriff „Rente“ wurde in einem anderen Sinn verwendet, als das heute der Fall ist. Unter diesem Begriff wurden alle Elemente des Alterseinkommens zusammengefasst:

- die Sozialversicherungsrente für die Grundsicherung jedes Bürgers im Alter,
- verschiedene Betriebsrenten,
- Zusatzrentenversicherungen von 1947 und 1968,
- Gesamt- und Zusatzversorgungssysteme

Der Versicherungsbeitrag der Bürger von 10% des Einkommens bis zu max. 600 M für alle Sozialleistungen wie Krankheit, Unfall/Invalidität und Rente wurde im Leistungsbereich durch staatliche Zuschüsse ergänzt.

Die DDR hat vielfältige wirtschaftliche und humanitäre Hilfe geleistet – aber niemals Waffen oder Kriegsgüter geliefert:

- Oktober 1980 Nordalgerien nach Erdbeben
- Juli 1982 Libanon/Palästina nach Israelischer Aggression
- Von Januar 1980 bis Mitte 1981 mit IL 18- Transporter nach Kabul; zuletzt unter Beschuss der „Gotteskrieger“ und dem Schutz durch sowjetische Kampfhubschrauber (medizinischer Bedarf, Nahrung, eine Druckerei für Schulbücher aus Spendenmitteln der Bevölkerung).
- 1984 bis 1985 Teilnahme an den internationalen Hilfsflügen „Dürrehilfe für Äthiopien“ mit zwei IL 18 der Interflug und mit An-26 Transportern der NVA.

In der DDR wurden Bürger aus Vietnam, der Mongolei, aus Kuba und aus afrikanischen Ländern zur Entwicklung ihrer Wirtschaft und Wissenschaft an Fach- und Hochschulen ausgebildet.

Diesen Ländern wurden div. technische Ausrüstungen, wie Maschinen, komplette Industrieanlagen, Fahrzeuge usw. nach ihrem Bedarf geliefert. So wurde Cuba befähigt, seine Produkte zu verarbeiten und Vietnam wurde unter Anleitung von Fachkräften der DDR zum zweitgrößten Kaffeeproduzenten der Welt. Bekannt ist die Erdöl-Trasse in der SU.

Die Versorgung der Aufbau-Arbeiter mit Technik und Lebensmitteln wurde durch die DDR abgesichert.

Die nationalen und internationalen Leistungen hatten hohes Ansehen bei den Menschen. Die großen langjährigen Belastungen durch die westlichen Staaten, vor allem Westdeutschlands und die ungünstigen Bedingungen überforderten die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR zunehmend. Die Betriebe wurden auf Verschleiß gefahren. Obwohl das Dilemma offenkundig war, gab es keine Korrektur der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs ständig.

Dass ein „weiter so“ nicht möglich war, wusste jeder.

Es wird viel über die Staatspleite der DDR geschrieben.

⁴⁾ Was war die DDR wert?/Siegfried Wenzel ISBN 3-360-00940-1

Als die Schuldenlast je Bundesbürger 14.900 DM betrug, betrug sie nur 3 625 DM je Beitrittsbürger. Heute sind die Schulden lt. Schuldenuhr aus dem Staatshaushalt auf 26.900 Euro und ca. 7 000 Euro je Bürger aus dem Landeshaushalt angewachsen.

Ein überlegenes Wirtschaftssystem ??? Und wo steckt dieses Geld? Finanzkrisen, Militarisierung und Reichtums-Anhäufung in den Händen von immer weniger Menschen auf der einen Seite, wachsende Verelendung, Raubbau, menschliche und ökologische Katastrophen auf der anderen. Flüchtlingsströme als Ergebnis des Raubtierkapitalismus.

Es stellt sich auch die Frage, ob die DDR unter den Zwängen des Kalten Krieges als Frontstaat des Ostblocks auf der einen und unter dem wirtschaftlichen Druck der Staaten des Warschauer Vertrages auf der anderen Seite jemals eine reale Chance hatte.

Westdeutschen Politikern war die DDR immer ein Dorn im Auge, denn sie war gezwungen, ihren Bürgern ein hohes Lebensniveau zu bieten, um die Überlegenheit des kapitalistischen Systems zu belegen.

Der Kampf gegen sozialistische oder kommunistische Kräfte ist in Deutschland über 100 Jahre alt. Die erfahrenen Aktivisten Nazi-Deutschlands haben wesentlichen Anteil am Aufbau der BRD. Über 3000 Alt-Nazis in den öffentlichen Ämtern und der Justiz und der Wirtschaft der Nachkriegsbundesrepublik sind bekannt. ⁵⁾

Die Einheit Deutschlands wurde von diesen Spezialisten vor Jahrzehnten u. a. im „Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen“ und dem 1952 gegründeten „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung“ vorbereitet. Diese „Empfehlungen zur Einfügung der volkseigenen Industriebetriebe der SBZ in die nach der Wiedervereinigung zu schaffende im Grundsatz marktwirtschaftliche Ordnung“ wurden 1985 präzisiert und dann unter Kohl so umgesetzt. ⁶⁾

Teil 2 **„Wendezeit“**

Der offenkundige Wahlbetrug und die Unzufriedenheit war der Auslöser zu den Demos.

Das Ziel war zunächst eine reformierte DDR, um aus eigener Kraft die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu stärken. Mit der Einbeziehung der Reformkräfte (Runder Tisch) wurden nach dem schrittweisen Rücktritt der alten Führungskräfte freie Wahlen durchgeführt. Die Staatssicherheit musste ihre Tätigkeit einstellen. Polizei und Armee haben den Volkswillen akzeptiert. Vertreter der neuen Regierung haben später bestätigt, dass sie als gewählte Vertreter des Volkes respektiert und in ihrer Arbeit gut unterstützt wurden.

Mit der chaotischen Maueröffnung durch die Ansage von Schabowski aufgrund eines Missverständnisses am 9. Nov. 1989 wurde die Entwicklung unkontrollierbar beschleunigt.

Bei der Auseinandersetzung über das „Wie“ und „Wann“ einer Währungsunion wurde seitens der DDR-Vertreter ein Anpassungszeitraum von 3 bis 4 Jahren für unabdingbar gehalten. Mit der kurzfristig durchgeführten „Wirtschafts- und Währungsunion“ wurde der gesamten Wirtschaft der DDR der Todesstoß versetzt, denn eine Aufwertung aller Preise um 300% übersteht keine noch so starke Wirtschaft der Welt. Das war im Interesse der BRD.

Alle Ereignisse dieser Zeit hier aufzulisten und zu bewerten ist nicht mein Ziel, denn das haben andere, kompetente Zeitzeugen, die in den Prozess eingebunden waren bereits bestens getan. Allen jüngeren Bürgern, insbesondere aber denen, die gestaltend in Politik und Wirtschaft tätig sind, empfehle ich diese aufschlussreiche Lektüre. ⁷⁾

⁵⁾ Braunbuch/ Dr. Norbert Podewin Edition Ost Verlag neues Leben 3. Auflage ISBN 3-360-01033-7

⁶⁾ Die Schulden des Westens oder wie der Osten ausgeplündert wurde/Kl. Blessing u.a. Seite 21 ff. ISBN 3-00-016679-3

⁷⁾ Von wegen Beitritt!/Siegfried Wenzel, ISBN 978-3-360-01914-1

Nach dem Abschluss des Vertrages über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion wurde der Einigungsvertrag sehr kurzfristig beschlossen. Er sah vor, dass alles rechtmäßig erworbene Eigentum (auch Anwartschaften im Rentenrecht) den Bürgern erhalten bleiben.

Geblieben ist den Beitrittsbürgern davon wenig. Das Volkseigentum wurde verramscht. Viele Bundesbürger wurden für 1 DM zu mehrfachen Millionären.

Die Renten wurden zunächst zweimal im Jahr pauschal angehoben. Rentner galten als Gewinner der Einheit- und viele fühlten sich auch so. Dann wurden Teile der Rentenleistungen zu Auffüllbeträgen erklärt und abgeschmolzen, während die Preise schnell stiegen. Nun leben viele von ihnen in Armut. Und das Armutspotential wird im Osten „dank der Vereinigungspolitik“ und der Enteignungen im Osten auf mindestens 30% steigen.

Wer als Beitrittsbürger Immobilien oder Grundbesitz hatte, war nun durch das westdeutsche Wertesystem besser gestellt. Dann konnte dieser Besitz oft die Grundlage der selbständigen Erwerbstätigkeit werden.

Durch die De-Industrialisierung des Ostens und die daraus resultierende langjährige hohe Arbeitslosigkeit im Beitrittsgebiet setzte eine hohe Abwanderung ein. Vor allem junge, gut ausgebildete Menschen verließen den Osten Richtung Westen.

Es wurde Siegerjustiz praktiziert. Die Eliten der DDR wurden abgewickelt, verloren ihren Arbeitsplatz mit oder ohne Parteibuch, mit oder ohne Zugehörigkeit zum MfS. ⁸⁾

Aus dem Westen kamen „qualifizierte und fleißige“ Menschen, die hier das bundesdeutsche Verwaltungs-, Justiz-, Bildungs-, Gesundheits- Finanzsystem installiert und alles Bestehende beseitigt haben – wie das eben in einem Protektorat zu geschehen hat. Sie sind der Garant dafür, dass der Osten auch künftig für den Wohlstand des Westens arbeitet und dem Westen als sicherer Absatzmarkt erhalten bleibt.

In jedem Bundesland wurden für alle diese großen Einrichtungen respektable Ministerien errichtet. – Was erleben wir? Trotz heutiger Informationstechnik kann nicht effektiv gearbeitet werden. Mit zusätzlichen Behörden sind 10 NSU-Morde möglich. Die jüngste Aktion der Flüchtlingsaufnahme erweist sich als stümperhaft gemachtes Desaster. Politik ist überfordert.

Auch „Aufbauhelfer“ kamen, die den dummen Osis das Arbeiten beibringen wollten. Unvergessen bleibt meine ABM an der Pädagogischen Hochschule Erfurt in der „Di-Mi-Do-Zeit: am Dienstag trudelten die „Aufbauhelfer“ ein und am Donnerstag machten sie den Abflug. Mit „Busch-Zulage“ natürlich, für ihren schweren Job.

Die wirtschaftlichen Abläufe sind heute so gestaltet, dass die Profite größerer Unternehmen in den Westen fließen und so die Wirtschaftskraft des Westens stärken.

Im Osten stehen die produktivsten Betriebe der Westkonzerne, aber davon bleiben nur die Löhne hier.

Wir sollten doch dankbar sein, für die schönen Straßen und Städte, die hier entstanden sind?

Die Straßen sind vor allem für den Warentransport nötig.

Die schönen Städte können wir ansehen, aber wem gehören sie?

Wenn Vermögen vererbt werden, fällt die Vermögenssteuer im Westen mit 55 Euro und im Osten mit 5 Euro bei dem Erben an. ⁹⁾

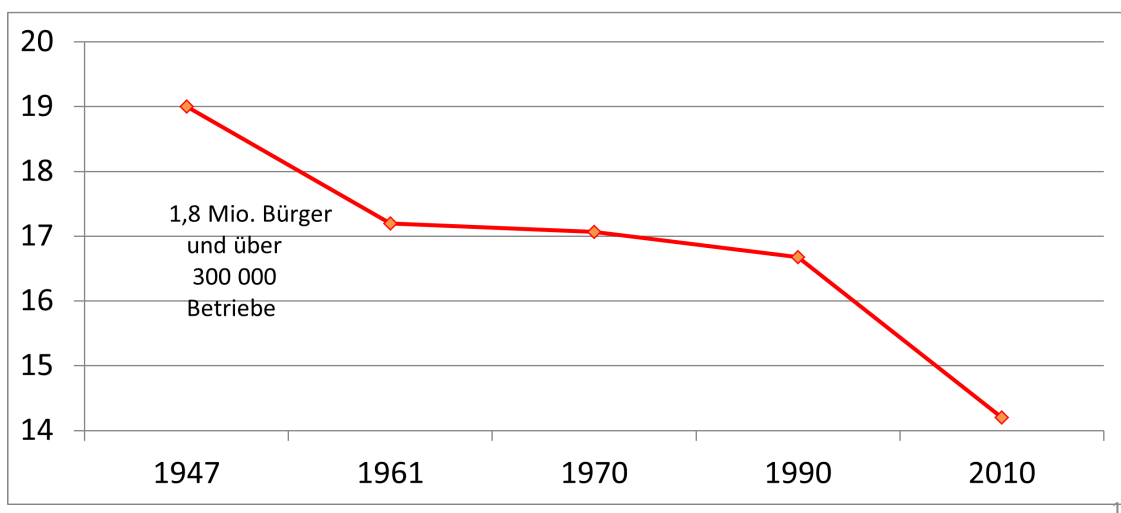
Die Abwanderung ist zu einem unaufhaltsamen Prozess geworden. Das durchschnittliche Lohnniveau ist unverändert meist abschreckend. Eine große Anzahl der Menschen macht keine Versuche einer wie auch immer gearteten Alterssicherung, da diese für sie ohne Chance ist.

⁸⁾ Der Rechtsstaat und die ungeliebte DDR/ Detlef Joseph (Jurist) ISBN 3-929994-95-X Seite 53 ff.

⁹⁾ Studie „Wirtschaftlicher Stand und Perspektive Ostdeutschlands“/ Wirtschaftsinstitut Halle

Abwanderung der Bevölkerung aus Ost-Deutschland

Einwohner	19 Mio.	17,2 Mio.	17,07 Mio.	16,675 Mio.	14,2 Mio.
Rentner	-	-	-	2,4 Mio.	5,1 Mio.
Jahr	1947	1961	1970	1990	2010



Grafik entstand 2010 **Abwanderung Ost → West:** Quelle Prof. Kaufmann und Gutachterberichte
Nach neuesten Angaben liegt die Zahl der Abgewanderten bis 1961 zwischen 2,1 Mio. ab 1947 bis 3,1 Mio. ab 1945.

1961 bis 1988 673.000 vorwiegend ältere Bürger
1989 bis 1990 784.000 vorwiegend jüngere Bürger
1990 bis 2000 2,5 Mio. vorwiegend jüngere Wirtschaftsflüchtlinge ¹⁰⁾

Der Spitzenwert der Abwanderung 89/90 ist harmonisiert in die Gerade eingegangen.

Angaben des Rentneranteils 1990 bis 2010 2,7 Mio. Zuwachs

2010 bis 2015 1,6 Mio. Zuwachs auf 6,7 Mio. Rentner

Der Zustrom an Rentnern hält an und über 50% der Erwerbstätigen sind über 55 Jahre alt.

Die Daten zur Bevölkerungsgröße sind durch die chaotische Wendezeit und durch die unterschiedliche Behandlung West-Berlins (mal mit, mal ohne) in den Quellen mit geringen Abweichungen erfasst.

Teil 3 Die Entwicklung im Beitrittsgebiet

Beigetreten ist eine **Gesamtbevölkerung, bestehend aus Steuer- und Beitragszahlern und aus Rentnern**. Die Beitrittsbevölkerung hatte 4% weniger Alte und 9% mehr Junge gegenüber den alten Ländern – also eine demografische Aufwertung der BRD. Sozusagen als Mitgift übergab 1990 der Präsident der Staatlichen Sozialversicherung der DDR, Dr. Heine das Vermögen von knapp 1 Milliarde DM an den Präsidenten der BfA.

Beschäftigte Beitrittsbürger in den NBL sind zunächst über viele Jahre arbeitslos, überdurchschnittlich in Teilzeit, Zeitarbeit, Soloselbständig oder befristeter Beschäftigung zu Hungerlöhnen tätig.

Beschäftigte Beitrittsbürger in den ABL sind die Berufspendler und der Anteil der tatsächlich Beschäftigten an den Abgewanderten unter Abzug der inzwischen verrenteten, arbeitslosen und

¹⁰⁾ Die Schulden des Westens/Kl. Blessing, E. Damm, M. Werner, ISBN 3-00-016679-3, Seite 67 ff.

in private Beschäftigung gewechselt Beitrittsbürger entspr. den Angaben der Schriftenreihen der DRV- Bund und des Bundesinstitutes für Bevölkerungsentwicklung. ¹¹⁾

Die Abwanderung der vorwiegend jungen gut ausgebildeten Menschen ist die Folge der De-Industrialisierung, **der verfehlten Vereinigungspolitik** mit langfristig wirkenden negativen Folgen für den Osten: Überalterung, sterbende Dörfer infrastrukturelle und Versorgungsprobleme und der permanenten Verarmung (4. DIW-Wochenbericht 2009 u. a.)

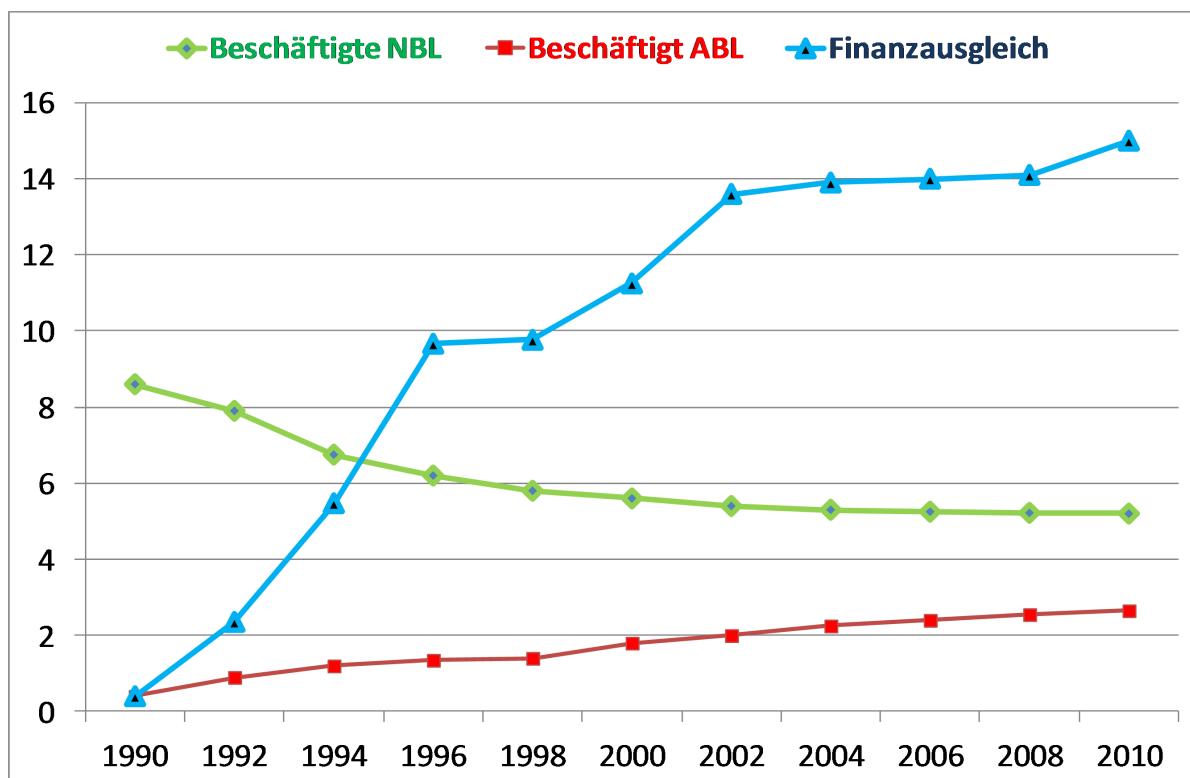
Die Beitrittsbürger arbeiten seit Kriegsende für den Wohlstand und den Profit des Westens. Nach der „Wende“ ist die ostdeutsche Wirtschaft meist als verlängerte Werkbank der Westkonzerne ausschließlich für Konzerngewinne tätig.

Auf Seite 11 findet sich die Bestätigung dafür, dass dem Osten auch die Zukunft gestohlen wird, denn der Westen schiebt nun auch seine demografischen Probleme auf den Osten ab.

Inzwischen nimmt die Abwanderung der Jungen ab. Die Zuwanderer nach dem Osten sind aber mehrheitlich Ältere. Die Überalterung des Ostens wird dadurch beschleunigt

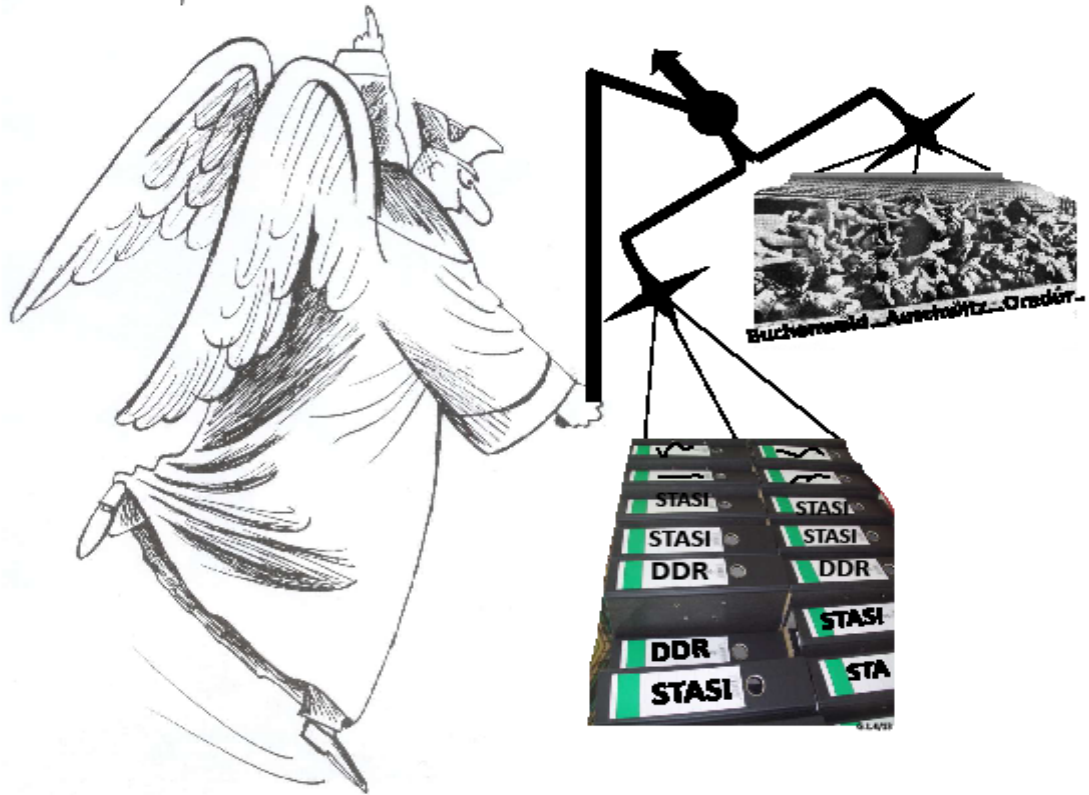
Nur Transfer von West nach Ost ??? → Gegen Humantransfer, Übernahme des Volksvermögens, Enteignung im Renten- und Sachenrecht

Transfer: Human- gegen Finanztransfer



¹¹⁾ www.okv-ev.de/Dokumente/Rentenprobleme/080323var3Werfinanziert.pdf

„Herr, sieh selbst, wie schwer
die Aktenberge wiegen gegen
die paar Toten!“



„Ich betrachte das Nachleben des Nationalsozialismus
in der Demokratie als potentiell bedrohlicher denn das
Nachleben faschistischer Tendenzen **gegen** die Demokratie.“

Prof. Adorno

1959

Vortrag „Aufarbeitung der Vergangenheit“
Frankfurt/Main

Klaus Kinkel am 23. 09. 1991 auf dem 15. Deutschen Richtertag in Köln:
Es müsse der Justiz gelingen, „das SED-Regime zu de-legitimieren“, denn mit der These vom
„Unrechtsstaat“ sei eine „legale“ Ausgangsbasis für das Überstülpen des bundesdeutschen
Rechtssystems und deren Werteordnung gegeben. Es sei dann Aufgabe bundesdeutscher
Staatsorgane zu beweisen, dass die DDR ein Unrechtsmonster war. ¹²⁾

DDR = Unrechtsstaat !

Die Enteignung der Bürger des „Unrechtsstaates“ DDR im Boden-, Sachen- und Rentenrecht
und die Enteignung des Volkseigentums ist also im Rechtsstaat Bundesrepublik legitimiert!

¹²⁾ Der Rechtsstaat und die ungeliebte DDR / Jurist Detlef Joseph, ISBN 3-929994-95.X

Die Schulden des Westens gegenüber dem Osten ergeben sich aus Reparationsleistungen, dem geraubten Eigentum im Einigungsprozess, den zugefügten wirtschaftlichen Verlusten des Wirtschaftsembargos, den gestohlenen Rentenleistungen den Kosten der Ausbildung der Abgewanderten und den Folgekosten der abwanderungsbedingten Strukturveränderung

**Im Jahre 2000 erreichten die Schulden des Westens bereits über 7 Billionen DM. ¹³⁾
Und sie wachsen weiter!**

Eine abschließende Regelung eines einheitlichen Rentenrechts, wie sie oft angekündigt wurde ist auf kommende Jahre verschoben. Offenkundig besteht keine Absicht Rentengerechtigkeit herzustellen und die Lebensarbeitsleistung der Beitrittsbürger anzuerkennen. Es sind viele Milliarden Euro, um die die Beitrittsbürger allein im Rentenrecht betrogen werden.¹⁴⁾

Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Christoph schreibt:

„Dass wir über den Krieg in Afghanistan getäuscht wurden, wissen inzwischen zwei Drittel der Deutschen. Deshalb fordern sie den Rückzug. Dass es sich bei den Renten der Ostdeutschen um eine der größten Masseneignungen in der jüngsten Geschichte handelt, wird bis heute erfolgreich verschleiert.Es wird in West und Ost die gleiche gesetzliche Rente gezahlt. Nur: Im Unterschied zu den Landsleuten im Westen, die im Laufe des Lebens fürs Alter „vorsorgten“, wurde im Osten diese Vorsorge aus politischen Gründen ersatzlos beseitigt. Und auch künftig wird das so sein: Wer heute arbeitslos ist oder von Hartz IV lebt, wer einen Minijob hat oder „Aufstocker“ ist, kann nichts beiseite legen. Die Armut im Alter ist vorprogrammiert.“

Hauptanliegen der politisch Verantwortlichen ist die weitere De-Legitimierung der DDR und ihrer Bürger. Es soll künftigen Generationen eingetrichtert werden, dass Sozialismus oder Kommunismus das Schlimmste ist, was der Menschheit passieren könnte.

Im Verhältnis zur Lösung der existentiellen Probleme der Menschen ist das eine leichte Aufgabe.

Wie die deutsche Vergangenheit beweist (Siehe Quellen) ist die Wahrheit kein Hindernis um Unwahrheiten zu verbreiten. Die Medien sind in privater Hand und geübt in ihrem Handwerk.

Es wird auch nicht an Mitteln und Aufwand fehlen.

Inzwischen wurde zur Gewissheit, dass ein besseres Gesellschaftssystem, als das kapitalistische mehr soziale Gerechtigkeit und ein ökologisches Leben ohne Krieg ein Segen für die Menschheit sein kann.

Weitere Dokumente im Internet:

www.okv.de/schlammschlacht Lügen, Verleumdungen und Entstellungen über Ostdeutschland
www.okv-ev.de -> Dokumentationen -> Rentenprobleme: 2. Wer finanziert die Ostrenten?
4. Rentenrechtsangleichung

www.gesellschaft-und-visionen.de/PDF -> Wirtschaft -> AufbauOst.pdf

Auf den nächsten Seiten die Bestätigung dafür, dass die neuen Länder und ihre Bürger sehr schweren Zeiten entgegen gehen. **Aber die CDU sieht den Osten auf einen guten Weg. Sie hat ihr Bestes gegeben. Mag sein. Aber nicht für das Beitrittsvolk. In 10 Jahren soll der Aufbau-Ost beendet sein. Für wen?**

Blühende Landschaften werden es nie aber steigende Aktionärsgewinne sicher!

¹³⁾ Die Schulden des Westens-wie der Osten Deutschland ausgeplündert wird/Kl. Blessing u.a. ISBN 3-00-016679-3 Seite 76 ff.

¹⁴⁾ Bestohlen bis zum Jüngsten Tag/Dr. Karl-Heinz Christoph ISBN 978-3-360-02105-2

Demografischer Wandel in Deutschland aus Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung in Bund und Ländern nach der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung /destatis.de

Altenquotient, Verhältnis der >= 65jährigen zu den 20- bis 65jährigen (nach Abb. 12)

Länder:	2008	2030
Brandenburg	35	70
Mecklenburg-Vorpommern	35	70
Sachsen	40	65
Sachsen-Anhalt	39	71
Thüringen	36	70
Durchschnitt Alte Länder	34,1	52,6
Durchschnitt Stadtstaaten	31	46,7

Sinkende Bevölkerungszahl

Tabelle 2 Veränderung der Bevölkerungszahl 2030 gegenüber 2008 (ergänzt mit Absolutwert)

Länder:	Verlust 2030 Anzahl Bürger	%	Bürger 2030 In Millionen	Bürger 2008 In Millionen
Brandenburg	- 264 000	-10,5	2,3	2,5
Mecklenburg-Vorpommern	- 252 000	-15,2	1,4	1,7
Sachsen	- 557 000	-13,3	3,6	4,2
Sachsen-Anhalt	- 506 000	-21,2	1,9	2,4
Thüringen	- 425 000	-18,7	1,8	2,3
Durchschnitt Alte Länder	-----	-5,27		
Durchschnitt Stadtstaaten	-----	-3,7		
Deutschland	-4 600 000	-6	77,4	82,0